



STADTRATSWAHLEN 2012

Ursula Stämmer und Beat Züsli nominiert

Am 5. Januar 2012 fand die Nominationsversammlung der SP Stadt Luzern für die Stadtratswahlen 2012 statt. In ihrer Ansprache blickte die Präsidentin Luzia Mumenthaler-Stofer auf die Erarbeitung der Strategie für die kommenden Wahlen zurück. Vor fast 2 Jahren kam die Geschäftsleitung der SP Stadt Luzern zum ersten Mal mit den Grünen zusammen um über eine engere Zusammenarbeit bei den Wahlen zu sprechen. Es wurde das Ziel ins Auge gefasst, zusammen mit Ursula Stämmer, Ruedi Meier und zwei weiteren Personen anzutreten und in den Wahlen 2012 eine Mehrheit im Stadtrat anzustreben. Diese Strategie wurde in mehreren Stufen und in allen Parteigremien besprochen, schliesslich im September 2011 der MV vorgelegt.

Ruedi Meier ist jetzt bei diesen Wahlen nicht mehr dabei, dafür stellt sich für die Grünen Adrian Borgula zur Verfügung, ebenfalls ein hervorragender Kandidat, mit dem das gemeinsame Ziel einer sozialen, grünen und offenen Stadt erreicht werden kann.

Die Ausgangslage für die Nomination war für die Partei zwiespältig: Es standen drei ausgezeichnete Kandidierende zur Wahl, die alle bestens geeignet wären, das Amt einer Stadträtin oder eines Stadtrats zu übernehmen. Aber nur zwei der drei sollten nominert werden. Das Vorgehen war auch mit den Kandidierenden abgesprochen worden.

Es ging bei der Nomination aber nicht nur darum, zwei Personen für die Wahlen in den Stadtrat zu nominieren, sondern es ging auch um die Realisierung der Vision von einer sozialen, grünen und offenen Stadt, die die SP zusammen mit den Grünen erreichen will. Die Zeit ist reif für eine Mehrheit und einen Wandel in der Stadt Luzern. Die Nomination der Stadtratskandidaten hat auch Auswirkungen auf die Wahlen für die Legislative. Die Stadt Luzern ist seit längerem dem bürgerlichen Diktat von Steuersenkungen und Leistungsabbau unterworfen, und es ist an der Zeit, das Ruder herumzureissen und eine andere Richtung einzuschlagen, die der ganzen Stadt und der gesamten Bevölkerung dient.

Es ist jetzt auch Zeit, den frei werdenden Sitz von Urs W. Studer ganz in die linke Hand zu nehmen. Diesen Sitz hat Urs W. vor Jahren mit Hilfe der SP errungen, und jetzt gilt es, als stärkste Partei der Stadt Luzern diesen Sitz ganz zu beanspruchen.

Nachdem sich die Kandidierenden selber präsentiert hatten, wurde intensiv und kontrovers über die Wahl diskutiert. Schliesslich

«Die Zeit ist reif für eine Mehrheit und einen Wandel in der Stadt Luzern.»

entschied sich die Mehrheit der 114 anwesenden SP-Mitglieder dafür, die Bisherige Ursula Stämmer und neu Beat Züsli als Stadtratskandidaten und Ursula für das Amt der Stadtpräsidentin zu nominieren. Somit wurde Felicitas

Zopfi trotz ihrem ausgezeichneten Profil nicht berücksichtigt. Auch an dieser Stelle sei ihr herzlich für die Bereitschaft gedankt, sich diesem Auswahlverfahren zu stellen. Die Nominationsversammlung dankte es ihr mit einer verdienten Standing Ovation.

Luzia Mumenthaler rief dazu auf, nach der Nomination mit grösstem Engagement, motiviert und geschlossen für eine soziale, ökologische und weltoffene Stadt Luzern einzutreten. Die beiden Kandidaturen müssen von der Basis getragen werden und sich selbst auch sehr engagiert in Szene setzen. Das ist die Grundlage für eine erfolgreiche Wahl in den Stadtrat und in den Grossen Stadtrat am 6. Mai. Damit ist dann auch der Wahlkampf eröffnet, bei dem das Engagement von jedem Einzelnen zählt – nicht nur der Kandidierenden, sondern aller Mitglieder! Gemeinsam sind wir stark, und gemeinsam werden wir unser Ziel erreichen!



Ursula Stämmer und Beat Züsli

JA ZUR ABSCHAFFUNG DER PAUSCHALSTEUER AM 11. MÄRZ 2012

Keine Steuerprivilegien für ausländische Millionäre

Unsere Initiative kommt am 11. März zur Abstimmung. Die Pauschalsteuer bringt dem Kanton Luzern nichts, schadet dem Image der Schweiz und verletzt das Gerechtigkeitsempfinden.

Die Steuerpflichtigen bezahlen Steuern, die ihrem Einkommen und Vermögen entsprechen. Seit einigen Jahren existiert jedoch eine Ausnahme: Reiche Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz keinem Erwerb nachgehen, können sich nach ihrem Aufwand einschätzen und besteuern lassen. Sie profitieren damit von einer massiv tieferen Steuerrechnung. Diese Ungerechtigkeit ist stossend.

Ende 2010 haben 157 vermögende Ausländer und Ausländerinnen im Kanton Luzern die sogenannte Pauschalbesteuerung in Anspruch genommen. Damit werden alle andern Steuerzahlenden in gleicher finanzieller Situation, insbesondere Schweizer und Schweizerinnen, benachteiligt.



In der Schweizerischen Bundesverfassung steht, dass wir nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Beim Prinzip

der Pauschalbesteuerung gilt dies aber nicht. Zudem verlangt die Verfassung auch, dass alle in gleicher wirtschaftlicher Lage gleich hoch besteuert werden. Damit verletzt die Pauschalbesteuerung elementare Grundsätze eines gerechten Steuersystems und das Rechtsgleichheitsgebot.

Das Image der Schweiz verbessern

Die BefürworterInnen der Pauschalbesteuerung fürchten einen Imageverlust und Standortnachteil für den Kanton Luzern. Wieso soll es ein Schaden sein, wenn wir das Image eines Hehlers für Steuerflüchtlinge loswerden? Denn Tatsache ist: Die ausländischen Millionärinnen und Millionäre verweigern sich der Steuersolidarität in ihrem Heimatland mit dem Wegzug in die Schweiz. Hier gewähren wir ihnen massive Steuererleichterungen nach dem Motto «lieber den Spatz in der Hand als die Taube beim Nachbarn».

Luzern bringt dieses Steuergeschenk nichts

Die 157 Pauschalbesteuerten leisteten in den vergangenen Jahren einen bescheidenen Beitrag an die Luzerner Staatskasse, nämlich rund 0,2 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Die BefürworterInnen befürchten, dass bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung diese Personen wegziehen und deshalb in der Staatskasse ein Loch hinterlassen. Erfahrungen aus dem Kanton Zürich zeigen aber eine andere Realität. In die Wohnungen und Villen der Weggezogenen ziehen vermögende Leute, die sich normal besteuern lassen. Dies hat zur Folge, dass sich die Steuereinnahmen erhöhen. Sowohl die Gemeinden wie der Kanton profitieren davon. Unter dem Strich lohnt sich also die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, weil die Einnahmen steigen.

Nein zum Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag ist eine blosse Beruhigungsspielle. Zur Zeit erreichen 19 Pauschalbesteuerte einen Aufwand von 600 000 Franken und mehr. Die Gesetzesänderung wird also für eine Kleinstgruppe eingeführt.

PARTEIPRÄSIDIUM UND MITGLIEDER FÜR DIE GESCHÄFTSLEITUNG GESUCHT

An der kommenden Generalversammlung der SP Stadt Luzern vom 30. März 2012 werden diverse wichtige Posten der Partei neu besetzt. Zum einen tritt Parteipräsidentin Luzia Mumenthaler-Stofer zurück. Sie wird ihr Amt jedoch noch bis zum Tag der Wahlen vom 6. Mai 2012 weiterführen. Ihre Nachfolge wird an der Generalversammlung gewählt. **Die SP Stadt Luzern sucht deshalb eine motivierte, kommunikative, zuverlässige und belastbare Persönlichkeit, welche gut vernetzt ist und Freude hat an der Verantwortung für die wählerstärkste Partei der Stadt Luzern.**

Zum anderen werden Clemens Breitschaft, Roland Paroz und Mario Stübi aus der Geschäftsleitung ausscheiden. Die Geschäftsleitung gehört zusammen mit der GV und der Fraktion zu den wichtigsten Organen der Partei. Mitgliederbetreuung, Veranstaltungsorganisation, Kommunikation, Parteimarketing usw. gehören zu ihren Aufgaben. **Gesucht werden deshalb Genossinnen und Genossen, die sich gerne am Puls der Partei für eine offene und soziale Stadt Luzern einsetzen möchten.**

Interessierte für die genannten Posten melden sich für weitere Informationen unverbindlich bei Vizepräsident Mario Stübi: mario.stuebi@stud.unilu.ch, 078 764 75 85. Wir freuen uns auf euer Engagement für die SP Stadt Luzern!



Heidi Rebsamen
Kantonsrätin der Grünen
heidi.rebsamen@lu.ch

JA ZUR BUCHPREISBINDUNG AM 11. MÄRZ 2012

Ja zu Arbeitsplätzen, dem Buchhandel und der Kultur



© photocase.de

Die Buchpreisbindung hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Dank ihr findet der Wettbewerb im Buchhandel über die Beratungsqualität und Verfügbarkeit der Bücher statt und nicht auf dem Buckel der Angestellten. Bei Liberalisierungen wird uns immer vorgegaukelt, dass die KonsumentInnen durch tiefere Preise und bessere Leistungen profitierten. Dass dieses Argument hinkt, sehen wir am Beispiel der Liberalisierungen im Elektrizitäts- und im Postmarkt. Betrachtet man Liberalisierungen aus der globalen Optik, ist festzustellen, dass sie in erster Linie den Finanzmärkten dienen – also genau jenen Kreisen, die uns seit Jahren eine Krise um die andere einbrocken. Bei Liberalisierungen ist deshalb grundsätzlich immer Vorsicht geboten.

Seit Jahrzehnten wird das «Lädelersterben» beklagt. Auslöser dafür waren das umfassende Sortiment und die günstigen Preise der Grossverteiler. Durch das «Lädelersterben» sind viel mehr Arbeitsplätze verschwunden, als in den Grossverteilern geschaffen wurden. Ist es unbedingt nötig, durch das Aufheben der Buchpreisbindung ein weiteres «Lädelersterben» zu

verursachen, das zum Abbau von bis zu 1000 Arbeitsplätzen führen wird? Ich bin der Meinung, dass wir weiterhin Buchhandlungen brauchen, in denen wir kompetent beraten werden, wenn wir ein spezielles Buch suchen. Wird die Buchpreisbindung aufgehoben, ris-

«Schliessen Buchläden, verlieren wir auch ein Stück Kultur.»

kieren wir, in wenigen Jahren von Pontius zu Pilatus reisen zu müssen, um noch eine Buchhandlung zu finden, in der wir kompetent beraten werden.

Schliessen Buchläden, verlieren wir auch ein Stück Kultur. Oder haben Sie es schon erlebt, dass ein Internet-Buchhändler oder ein Grossverteiler eine Lesung mit einer Autorin oder einem Autor organisiert? Mehr noch: Ist Ihnen ein Grossverteiler bekannt, der Schweizer Autorinnen und Autoren auch dann fördert, wenn nicht zu erwarten ist, dass sie internationale Bestseller schreiben?

Vorgemacht haben die Abschaffung der Buchpreisbindung einige EU-Länder. Die Euro- und Schuldenkrise der EU führt uns

deutlich vor Augen, dass wir nicht alles nachahmen müssen, was uns in der EU vor demonstriert wird. Immerhin haben wir aber dadurch ein paar Beispiele, welche Folgen das Aufheben der Buchpreisbindung hat: Günstiger werden nur die Bestseller, andere Bücher hingegen werden eher teurer – und zwar sowohl im Internet wie im verbliebenen Teil der Buchläden. Zum selben Schluss kam vor einigen Jahren auch das Basler Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos, das im Auftrag des Bundesrats eine Studie erstellt hatte.

Es sprechen also drei gute Gründe dafür, die Buchpreisbindung beizubehalten:

1. Ja zu Arbeitsplätzen in der Schweiz.
2. Ja zu unserem Buchhandel und seiner kulturellen Arbeit.
3. Ja zu Schweizer Autorinnen und Autoren.



Giorgio Pardini ist Mitglied der Geschäftsleitung von syndicom – Gewerkschaft Medien und Kommunikation und Kantonsrat.
giorgio.pardini@lu.ch

VORANZEIGE

Ordentlicher Parteitag der SP Kanton Luzern, Samstag, 3. März 2012, 13.30 Uhr bis ca. 17 Uhr, Saal 2, Kulturzentrum Braui

Traktandenliste:

1. Begrüssung
2. Grussbotschaft durch die Gemeinde Hochdorf
3. Jahresberichte
4. Kasse
5. Referat
6. Wahlen SP-Gremien
7. Anträge der Mitglieder/ Geschäftsleitung
8. Verabschiedungen
9. Varia

Im Anschluss daran findet ein gemeinsames Abendessen in Hochdorf statt. Die Kantonalpartei offeriert einen Apéro.

Anmeldetalon und nähere Infos werden mit der definitiven Einladung versandt. Anträge an den Parteitag sind bis am Samstag, 9. Februar 2012, 12 Uhr schriftlich an das Sekretariat einzureichen.



Eine Veranstaltung mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** engagiert sich seit Beginn ihrer Amtszeit stark in den Themen „Zuwanderung – Integration – Einbürgerung“.

In ihrem Kurzreferat erläutert sie, welche Herausforderungen auf die Schweiz zukommen. Und sie beantwortet Fragen zu diesen Themen aus dem Publikum.

Zuwanderung – Integration – Einbürgerung Grosse Herausforderungen für die Schweiz

Die SP Emmen freut sich, alle Interessierten zu dieser Veranstaltung einzuladen.

Wann: Montag, 30. Januar 2012, 19.30 Uhr
Wo: Säle Restaurant Gersag, Emmenbrücke

Auch mit dabei:

Comedian Sergio Sardella, der als selbstbezeichneter eingebürgerter „Agglo-Secondo“ ebenfalls einiges zu diesem Thema zu sagen hat.



Günstige Wohnung in der Stadt Luzern gesucht

Wer heute eine Wohnung in der Stadt Luzern sucht, hat häufig nur die Wahl zwischen teuren und sehr teuren Wohnungen. Für Einzelpersonen und Familien mit mittleren und tiefen Einkommen wird es zunehmend schwierig, überhaupt noch eine Wohnung in der Stadt zu finden, es bleibt oft nur noch der Wegzug. Wer eine lebendige, durchmischte Stadt will, muss hier Gegensteuer geben.

Leider hat es die Stadt in den letzten Jahren verpasst, aktiv gegen die Wohnraumnot anzugehen. Letztmals hat sie vor über 10 Jahren in der Tribtschenstadt Land an eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft abgegeben. Seither wurden zahlreiche Grundstücke von der Stadt an Private verkauft, fast immer an den Meistbietenden. Auf teurem Land lassen sich keine günstigen Wohnungen bauen. Aktuell wird an der Industriestrasse wiederum eine Chance verpasst. Gemeinnützige Wohnbauträger, wie die meisten Baugenossenschaften es sind, bieten Wohnungen an, die durchschnittlich 20 Prozent günstiger sind. Die Differenz zum aktuellen allgemeinen Wohnungsangebot dürfte aber noch weit höher sein.

Mit einer aktiven Landpolitik und mit Vorgaben im Rahmen der Bau- und Zonenordnung hat die Stadt Instrumente, um den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen wieder zu erhöhen. Dieser Anteil betrug in der Stadt Luzern im Jahr 1950 über 40 Prozent, heute ist der Anteil auf 13 Prozent gesunken. Deshalb ist eine Renaissance des gemeinnützigen Wohnungsbaus dringend nötig.



Beat Züsli, Stadtratskandidat SP
beat.zuesli@bluewin.ch

DEMISSION VON MARGARETHA REICHLIN

Margaretha Reichlin hat ihr Demissionsschreiben als Friedensrichter per 30. September 2012 eingereicht. Sie war für die SP während 17 Jahren als Friedensrichterin tätig. Margaretha wurde 1995 als Friedensrichterin der Stadt Luzern gewählt. Mit der Reorganisation der Gerichtskreise im Jahr 2010 wurde sie durch den Kantonsrat als Friedensrichterin des Friedensrichteramtes Luzern bestätigt. Margaretha durfte während ihrer Amtszeit verschiedene Veränderungen inhaltlich begleiten und miterleben. Die SP dank Margaretha für ihren unermüdbaren Einsatz im Dienste der Luzerner Justiz und wünscht ihr für die Zukunft nur das Beste.

Die SP Kanton Luzern wird in der nächsten Ausgabe des links.lu über das weitere Vorgehen betreffend eine SP-Kandidatur für das Friedensrichteramt Luzern informieren.



IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Luzern
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern
T 041 311 05 85, F 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch, www.sp-luzern.ch
Redaktion: Pascal Ludin